Haushaltssatzung der Stadt Crailsheim für das Jahr 2021

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581) zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG vom 16.4.2013 (GBl. S. 55) hat der Gemeinderat am XX.02.2021 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.	im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen	2021	
1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	101.486.530 €	
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	107.824.790 €	
1.3	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-6.338.260 €	
1.4	Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 €	
1.5	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von	-6.338.260 €	
1.6	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 €	
1.7	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 €	
1.8	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	0 €	
1.9	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von	-6.338.260 €	
2.	im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen	2021	
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	97.522.610 €	
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	95.357.590 €	
2.3	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	2.165.020 €	
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	12.067.090 €	
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	38.090.950 €	
2.6	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-26.023.860 €	
2.7	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-23.858.840 €	
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	28.488.190 €	
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	4.629.350 €	
2.10	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	23.858.840 €	
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	0 €	

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 28.488.190 €

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 4.810.000 €

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 16.000.000 €

nachrichtlich:

Die Realsteuerhebesätze werden durch die Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) vom 9.12.2010 geregelt.

Die Hebesätze betragen

1. Für die Grundsteuer	
a. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 v.H.
b. für die Grundstücke (Grundsteuer B)	420 v.H.
2. Für die Gewerbesteuer	375 v.H.
- der Steuermessbeträge.

Hinweis auf § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg über die Voraussetzungen über die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und deren Rechtsfolgen:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind;

2. der Bürgermeister (Oberbürgermeister) dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Stadt unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist. Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht worden, so kann nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Crailsheim, den 04. Februar 2021

Dr. Christoph Grimmer
Oberbürgermeister